



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/02839**
Datum: 29.06.2021
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	21.07.2021	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Abwahl der Vorsitzenden des Stadtrates Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

Frau Katja Müller wird vom Amt der Vorsitzenden des Stadtrates Halle (Saale) abgewählt.

gez. Alexander Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Die Amtsführung von Frau Katja Müller hat in ihrer zurückliegenden Amtszeit große Unsicherheiten in der Kenntnis, Anwendung und Auslegung der Geschäftsordnung sowie des KVG LSA gezeigt.

Trotz entsprechender Hinweise des Rechtsamtes unterbleibt eine Prüfung auf missbräuchliche Beantragung von GO-Anträgen zur Verhinderung der Aussprache unliebsamer Anträge bis heute. Damit wird potenziell die Rechtswirksamkeit der betreffenden Beschlüsse durch die Stadtratsvorsitzende trotz eindeutigen Hinweis durch das Rechtsamt gefährdet.

Die Durchsetzung der Verschwiegenheitspflicht und die Wahrung vertraulicher Daten unterlag mehrfach einer Fehlleistung der Stadtratsvorsitzenden. In der Folge konnten vertrauliche Dokumente der Presse zugespielt werden, ohne dass der Verursacher ermittelbar war. Es wurden nicht bestellte Protokollführer eingesetzt. In der Folge gelangten vertrauliche namentliche Abstimmungen aus dem nichtöffentlichen Teil in die Presse.

Für jeden hörbare deutliche Beleidigungen blieben ungeahndet, stattdessen sanktionierte die Stadtratsvorsitzende von ihr frei erfundene angebliche Verfehlungen bei nachweislich angemessener Wortwahl durch Ordnungsruf, mit dem Ziel unliebsame Kritik in der politischen Auseinandersetzung im Keim zu ersticken.

Mit gerügten Verstößen gegen die GO setzt sich die Stadtratsvorsitzende nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit auseinander, so dass den Beschwerdeführern nur der Gang vor das Gericht bleibt, was die öffentliche Hand und das Ansehen des Stadtrates in der Öffentlichkeit schwer belastet.

Die Sitzungsleitung von Frau Müller zeichnet sich durch eine übergriffige Parteilichkeit aus, die sogar soweit führt, dass sie Redebeiträge des politischen Gegners regelmäßig kommentiert. Zu diesem Zweck erteilt sie sich selbst ohne Meldung das Wort und lässt das anschließende Entgegnen des so Angegangenen willkürlich und missbräuchlich nicht zu.